



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner, Roland Magerl, Ferdinand Mang, Martin Böhm** und **Fraktion (AfD)**

Zusammenhalt der 27 – Rückführungsfonds gründen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass auf EU-Ebene ein Fonds gegründet wird, der zur Zielsetzung hat

1. die Rückführungsbemühungen der Mitgliedstaaten bezüglich illegaler und krimineller Migranten finanziell und strukturell zu fördern;
2. in den Herkunftsländern illegaler und krimineller Migranten Strukturen zu fördern, die diese Länder in die Lage versetzen, europäische Abschiebebemühungen signifikant zu unterstützen;
3. die Bemühungen der Mitgliedstaaten illegale Migration zu verhindern finanziell zu fördern.

Begründung:

Die bisherige Politik der EU fördert die Integrations- und Migrationsbemühungen, unabhängig vom rechtlichen Status der Migranten. Wir brauchen daher nichts anderes als eine 180 Gradwende, um die soziale und wirtschaftliche Stabilität innerhalb der EU zu garantieren. Mitgliedstaaten, die ihre Grenzen schützen und illegale Migranten rückführen wollen, müssen daher konsequent unterstützt werden.

Die Kultur der moralischen Überheblichkeit, mit welcher die Mitgliedstaaten der EU zur Aufnahme von sogenannten Flüchtlingen gezwungen werden sollen, lehnen wir ab. Häufig als „Europäische Lösung“ benannte Vorstöße entpuppten sich bei genauerer Betrachtung als ideologische Auswüchse einer globalistischen Klasse, die nicht einmal innerhalb der Regierungen der EU mehrheitsfähig sind.

Dies zeigt sich auch immer wieder in Umfragen, in denen sich die Mehrheit der Deutschen für eine härtere Vorgehensweise gegen illegale Migranten ausspricht. Die Politiker haben sich als Volksvertreter zu verstehen und dem Souverän zu dienen, weswegen eine verbindliche Vorgehensweise auf EU-Ebene forciert werden muss.